

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Bremen

Rücklauf 80% (5/6)

Partei	Rückmeldung	Antwort
	<p>„vielen Dank für Ihre Fragen, die wir gerne beantwortet haben.“ ...</p> <p>„Bitte entschuldigen die verspätete Beantwortung. Als kleine Oppositionspartei sind wir zur Beantwortung der Wahlprüfsteine rein auf ehrenamtliche Hilfe angewiesen.“</p>	
	<p>„vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine. Anbei erhalten Sie unsere Antworten.“</p>	
	<p>„Wir von der Partei Volt freuen uns, Ihre Fragen beantworten zu dürfen und möchten uns hiermit bedanken.</p> <p>Ich möchte mich entschuldigen, dass unsere Antworten, Ihnen etwas verspätet zugesandt werden und hoffen, Sie können sie trotz dessen mit in Ihre Veröffentlichung einpflegen.“</p>	
	<p>"anbei unsere Antworten auf ihre Wahlprüfsteine."</p>	
	<p>Verspätete Zusendung am 03.05.</p> <p>„Wir möchten Sie bereits jetzt darauf hinweisen, dass sich die Bearbeitung der nun eingehenden Wahlprüfsteine aufgrund der nahenden Osterferien verzögert. Die gesetzte Deadline 14.04. werden wir ausdrücklich nicht einhalten können. Wir beabsichtigen eine Übermittlung unserer Antworten bis zum 2. Mai und hoffen auf Ihr Verständnis.“</p>	
	<p>auf Nachfrage:</p> <p>„der Wahlprüfstein ist aktuell bei uns in der Endbearbeitung. Wir werden also jetzt sehr kurzfristig antworten.“</p>	

1. Wie sehen Sie die Rolle der freien Hansestadt Bremen bei Finanzierung der Frauenmilchbank in Bremen, um die Versorgung von Früh- und kranken Neugeborenen mit menschlicher Milch sicherzustellen, wenn diese nicht über genug eigene Muttermilch verfügen?

FDP: Landesförderung ist nicht auszuschließen. Eine genaue Bedarfsanalyse ist vor einer Entscheidung über konkrete Finanzierungsmaßnahmen nötig.

Volt: Volt setzt sich im gesamten Gesundheitsbereich für den Ausbau präventiver Maßnahmen ein. Dementsprechend sollte auch die Finanzierung von FMB sichergestellt werden.

CDU: Langfristig sieht die CDU Bremen nicht das Land Bremen, sondern neben Spenden und Ehrenamt eher die Krankenkassen und Klinikbetreiber in der Verantwortung.

Linke: In der nächsten Legislatur wollen wir prüfen, inwieweit die FMB in Bremen vom Land weiter finanziell unterstützt werden kann.

Grüne: Wollen den Betrieb der FMB unbedingt aufrechterhalten. Solange Krankenkassen Kosten nicht tragen, ist es eine staatliche Aufgabe, Mittel bereitzustellen.

2. Wie möchte sich Ihre Partei für die Refinanzierung der bisher ungedeckten zusätzlichen Aufwendungen, die durch Ernährung mit gespendeter Milch aus einer Frauenmilchbank entstehen, stark machen?

FDP: Eine Bedarfsanalyse ist nötig, bevor sich für eine Refinanzierung der zusätzlichen Aufwendungen eingesetzt werden kann.

Volt: Der Nutzen der FMB für Früh- und kranke Neugeborene scheint eine evidenzbasierte Maßnahme zu sein. Die Abrechnung und die rechtliche Absicherung sollten dann konsequent im Gesundheitssystem verankert sein.

CDU: Langfristig sieht die CDU Bremen nicht das Land Bremen, sondern neben Spenden und Ehrenamt eher die Krankenkassen und Klinikbetreiber in der Verantwortung.

Linke: Die Linke will Weiterführung der Landesmittel prüfen. Zudem will sie sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Aufwendungen von den Krankenkassen refinanziert werden.

Grüne: Grüne möchten sich nach Abschluß von NEO-Milk (d.h. 2025) dafür einsetzen, dass eine Finanzierung durch die gesetzlichen Krankenkassen beschlossen wird. Hierfür werden wir GRÜNE uns jedenfalls einsetzen.

3. Welche gesetzlichen Rahmenbedingungen wollen Sie schaffen, um Frauenmilchbanken in Bremen rechtlich abzusichern?

FDP: Die Schaffung einer rechtlichen Struktur für Frauenmilchbanken wird begrüßt.

Volt: Die rechtliche Absicherung sollte im Gesundheitssystem verankert sein.

CDU: Die CDU Bremen unterstützt die Genehmigung der in Arbeit befindlichen S2k-Leitlinie zum Einsatz und Behandlung von eigener und gespendeter Muttermilch in der Neonatologie“ der Gesellschaft für Neonatologie und pädiatrische Intensivmedizin e.V. Deutschlandweit einheitliche Regelungen sind nötig um den Aufbau von FMB für Kliniken zu erleichtern.

Linke: Wir befürworten die zukünftige Entwicklung und Umsetzung eines landesweit einheitlichen Konzeptes für Bremen. Dabei sollten die derzeitigen Entwicklungen der EU (SoHO) sowie die WHO-Leitlinie berücksichtigt werden.

Grüne: Spannungsfeld zwischen Lebensmittelrecht und konkurrierenden Regelungen kann nur durch eine bundesgesetzliche Regelung aufgelöst werden. Hierfür werden wir uns gerne auf Bundesebene einsetzen.

4. Wie möchten Sie die Vorgaben der kommenden EU-Direktive zu “Substances of Human Origin” in Bremen so umsetzen, dass der Betrieb der Frauenmilchbank weiter möglich ist?

FDP: Die Direktive könnte den Zugang zu gespendeter Milch und die Arbeit von Frauenmilchbanken erschweren. Da Bremen nur interne Spenden annimmt ist nicht anzunehmen, dass sich die Arbeit in der FMB Bremen verändert.

Volt: Bei der Eingliederung der Frauenmilchspende soll die EU-Direktive zu "Substances of Human Origin" gewahrt werden, aber nicht zu einer Einschränkung des Angebots der Frauenmilchbank führen.

CDU: Die CDU Bremen sieht den Betrieb der FMB Bremen dadurch nicht gefährdet und wird weiterhin darauf achten, dass Spenden und Risikoschutz gleichermaßen gewährleistet sind.
Linke: Der Zugang zur Spendemilch darf sich auf nationaler Ebene durch die neuen Regularien nicht verschlechtern. Wir setzen uns daher auf Bundesebene dafür ein, dass es EU-Mitgliedsstaaten möglich bleibt, eigene Regelungen weiterhin anzuwenden, wenn dies zu Sicherstellung des Zugangs notwendig ist.
Grüne: Die Einstufung von Muttermilch beziehungsweise Frauenmilch als „Substances of Human Origin“ im Sinne der Verordnung könne zu erheblichen bürokratischen Hemmnissen bei der Gründung beziehungsweise dem Betrieb von Frauenmilchbanken führen.

5. Welche Maßnahmen planen Sie, um das Bewusstsein und die Akzeptanz für Frauenmilchbanken in der breiteren Öffentlichkeit zu erhöhen und Spenderinnen sowie potenzielle Empfängerfamilien zu informieren?

FDP: Durch Aufklärungskampagnen, Aufklärung und Beratung durch gynäkologisches Fachpersonal und durch Kommunikation mit NGOs sollten Frauen Informationen zu FMB und die Möglichkeit Milch zu spenden erhalten. Eine Entbürokratisierung und verstärkte Digitalisierung im medizinischen Bereich soll dazu führen, dass mehr potentielle Empfängerfamilien erreicht werden.
Volt: Volt setzt sich für eine Stärkung aller Gesundheitsberufe ein. Die Hebammen sollten zentrale und vertrauenswürdige Anlaufstelle für werdende und junge Familien sein, und auch über den Mehrwert der Frauenmilchbanken aufklären. Informationen sollten außerdem in den Praxen und Krankenhäusern über die Fachangestellten und Ärzt*innen, der Gynäkologie und Neonatologie bereitgestellt werden.
CDU: Die CDU Bremen sieht noch Aufklärungsbedarfe, breite Informationsbedarfe zur Steigerung der Akzeptanz solcher Initiativen im Interesse des Kindeswohls insbesondere von Frühgeborenen. Es sei zentral aber keine öffentliche Akzeptanzfrage, sondern vielmehr eine sehr persönliche Akzeptanzfrage zwischen Spenderin und Empfängerfamilie. Das wolle und könne insbesondere den Müttern politisch nicht abnehmen werden. Hier werde die Selbstbestimmung der Frau geachtet.
Linke: In den an die FMB angeschlossene Kliniken wollen wir Frauen* direkt mehrsprachig informieren. In den von uns geplanten und teilweise bereits etablierten Gesundheits- und Sorge- sowie den Hebammenzentren wollen über Stillen und FMB informieren.
Grüne: Mehrsprachiges Infomaterial in der Klinik und den neuen Hebammenzentren und dort Mütter gezielt anzusprechen. NEO-Milk-App wird als hilfreiches Instrument sein, um die betroffenen Mütter zu informieren.

6. Wie möchten Sie das wichtige Anliegen einer bestmöglichen Neugeborenenernährung durch Stillen oder Spendermilch den Sozialversicherungsträgern näher bringen?

FDP: Wir setzen uns für eine schnelle Entbürokratisierung und Digitalisierung im Gesundheits-, und Versicherungswesen ein, sodass eine schnelle Kommunikation zu einer qualitativen Versorgung führt.
Volt: Bei den Sozialversicherungsträgern sollte über den evidenzbasierten Sachverhalt des präventiven Nutzens durch Stillen oder Spendermilch aufgeklärt werden.
CDU: Die CDU Bremen will in der kommenden Legislatur ein öffentliches Hearing zu den Themen Stillen, Spendermilch und Frauenmilchbanken in Kliniken des Landes anstoßen.
Linke: In unseren regelmäßigen Treffen mit den Sozialversicherungsträgern wollen wir die Themen ansprechen und diskutieren.
Grüne: Siehe Antwort auf Fragen 2, 8 und 9.

7. Wie wollen Sie die Zusammenarbeit der Frauenmilchbank und anderen medizinischen Einrichtungen, Geburtskliniken, freiberuflichen Hebammen, freiberuflichen StillberaterInnen, Gynäkologie- und Kinderarztpraxen in Bremen fördern?

FDP: FDP plant verstärkt Netzwerkarbeit von Fachpersonal und Institutionen, z.B. in Form von Verbänden und Kooperationen.

Volt: Bestehende Initiativen sollten bei der Einrichtung und Information weiterer FMB unterstützten und hierfür unterstützt werden. Volt schätzt die Rolle der Hebammen sehr und möchte diese stärken, um ihnen in der Kommunikation mit anderen Fachbereichen mehr Gewicht zu geben.

CDU: Grundsätzlich hält die CDU Bremen die Verortung von Frauenmilchbanken in Geburtskliniken für richtig und wichtig und wolle dies politisch auch in anderen Geburtskliniken des Landes fördern. Ungeachtet dessen unterstütze die CDU Bremen jede Kooperation zwischen den genannten Professionen, die in der Praxis längst gepflegt werde.

Linke: In den Gesundheits- und Sorge- sowie den Hebammenzentren wollen wir die Vernetzung fördern, bspw. durch gemeinsame Veranstaltungen oder Fortbildungen. Die Bremer Stillvereinbarung wollen wir bei den verschiedenen Berufsgruppen bekannter machen und darüber umfassend aufklären.

Grüne: In den geplanten integrierten Gesundheitszentren soll die Vernetzung und Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Frauenmilchbank gefördert werden. Zudem halten wir entsprechende Fortbildungen von Pflegekräften sowie der Ärzt*innen für erforderlich.

8. Welche Maßnahmen planen Sie, um das Stillen in Bremen zu fördern und Müttern eine qualifizierte Stillberatung zukommen zu lassen?

FDP: Hierzu seien ausführliche Beratungsangebote und eine bessere medizinische Versorgung während der Schwangerschaft nötig, v.a. in Stadtteilen, in denen eine geringe Stillprävalenz vorliegt.

Volt: Volt ist für den Ausbau von Stillberatung auf Geburtsstationen, bei ambulanten Geburten sollen Hebammen verstärkt in die Stillberatung eingebunden werden.

CDU: Das Thema gehöre v.a. auch zum Standard jeder Dienstleistung von Hebammen. Die CDU Bremen will diesen Berufsstand fördern und damit eine qualifizierte Stillberatung für alle Mütter sicher. Eine gute und ausreichende Stillvorbereitung gehöre schon in die Schwangerschaft. Entsprechende Initiativen wolle die CDU Bremen gern auch durch politische Kampagnen unterstützen und flankieren.

Linke: Uns ist es wichtig, dass Frauen* das Recht haben, ihre Kinder zu stillen, wann und wo immer sie wollen. Wir begrüßen die Entstehung „stillfreundlicher“ Orte. Eine qualifizierte Stillberatung sollte bereits während der Schwangerschaft erfolgen, z. B. in den Hebammenzentren und durch aufsuchende Angebote (bspw. Familienhebammen, Gesundheitsfachkräfte). Entsprechend dem Stillratenmonitoring wollen wir in sozial schwächeren Stadtteilen verstärkt Informationsangebote etablieren.

Grüne: Wir halten die „Bremer Empfehlungen zur Stillförderung“ für eine sehr gute Grundlage, um das Stillen zu fördern. Wir wollen mittelfristig von alle Geburts- und Kinderkliniken fordern, sich als „babyfreundlich“ zertifizieren lassen. Damit soll erreicht werden, dass mindestens 85 Prozent Stillrate erreicht werden.

9. Wie wollen Sie die Vereinbarkeit von Beruf und Stillen unterstützen?

FDP: Neben den bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen in Form des Mutterschutzgesetzes und der Verordnung zum Schutze der Mütter am Arbeitsplatz, fördere die FDP einen modernen Rechtsrahmen für mobiles Arbeiten, welches zu einer flexibleren Arbeitsgestaltung beitrage.

VOLT: Die gesellschaftliche Akzeptanz und die Aufklärung über das Stillen ist wichtig. Erste Aufklärung dazu könnte bereits an Schulen erfolgen.

CDU: Es brauche mehr Ruhe- und Stillräume in Betrieben und Verwaltungen. Hier sollte der öffentliche Dienst mehr noch verantwortlich als Vorbild wirken, ebenso flexible Arbeitszeiten. Frauenbeauftragte sollten noch offensiver die Interessen der Mütter und Familien vertreten.

Linke: Wir setzen uns für Stillförderung am Arbeitsplatz nach Mutterschutzgesetz ein und wollen an den Gesundheits- und Sorge- sowie den Hebammenzentren umfassend über Rechte zum Stillen am Arbeitsplatz aufklären. Im öffentlichen Dienst wollen wir die Einrichtung von Stillräumen oder angepassten Arbeitsbedingungen. Wir wollen die Zertifizierung von Arbeitgebern für „Beruf und Familie“ fördern und ausbauen. Auch Frauenmilchbanken können eine Versorgung mit Milch

ermöglich, wenn es durch Arbeitsumstände nicht möglich ist zu stillen; daher wollen wir die Frauenmilchbank in Bremen unterstützen.

Grüne: Wir wollen im öffentlichen Dienst zum Vorbild machen, Arbeit mit dem Stillen zu verbinden, die Stillzeiten zu gewähren und Räumlichkeiten zu stellen.

10. Wie stehen Sie zu einer kontinuierlichen wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation von Frauenmilchbanken in Bremen, um deren Effektivität und Sicherheit zu gewährleisten und weiteres Wissen über die Vorteile von Muttermilch zu generieren?

FDP: Die FDP begrüßt und unterstützt wissenschaftliche Evaluation und Begleitung, da hiermit Bedarfsanalysen erstellt werden können und wissenschaftliche Erkenntnisse erlangt werden.

Volt: Die wissenschaftliche Auswertung ist das entscheidende Kriterium über die Eingliederung der Frauenmilchbanken in das Gesundheitssystem. V.a. im Bereich der Prävention kann dadurch der Mehrwert an Sozialversicherungsträger und Krankenkassen überzeugend übermittelt werden.

CDU: Die CDU Bremen steht einer wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation offen gegenüber. Auch sei sie interessiert an Fakten und Erkenntnissen über Effektivität und Sicherheit im Miteinander von Spenderinnen und empfangenen Neugeborenen – auch aus anderen Kliniken.

Linke: Eine solche Evaluation begrüßen wir. Dies kann insbesondere auch dabei helfen, Sozialversicherungsträger für eine Kostenübernahme von Frauenmilchbanken zu gewinnen.

Grüne: Das Innovationsfondsprojekt NEO-Milk sieht eine wissenschaftliche Beobachtung und begleitende Evaluation bereits vor. Nach Abschluss des Projekts wird zu prüfen sein, inwieweit eine weitere wissenschaftliche Begleitung sinnvoll ist.